

Vertrag zur Auftragsverarbeitung (Datenschutzvereinbarung)

Zwischen

Firmenname

Anschrift

PLZ / Ort

– nachfolgend **Verantwortlicher** genannt –

und

Kögel Trailer GmbH

Am Kögel-Werk 1

89349 Burtenbach

– nachfolgend **Auftragnehmer** genannt –

Inhalt

1. Präambel.....	2
2. Gegenstand des Auftrags und Konkretisierung des Auftragsinhalts.....	2
3. Pflichten des Verantwortlichen.....	2
4. Pflichten des Auftragnehmers	3
5. Technische und organisatorische Maßnahmen	3
6. Datengeheimnis, Vertraulichkeit der Daten	5
7. Unterstützung des Verantwortlichen.....	5
8. Weitere Auftragnehmer.....	6
9. Aufsichtsbehörden und Verstöße gegen Vorgaben zum Datenschutz.....	8
10. Löschung und Rückgabe von Daten	8
11. Kontrollpflichten	9
12. Beginn und Ende des Vertrages, Vertragsstrafe	9
13. Schlussbestimmungen	10
Ergänzende Regelungen zu dieser Vereinbarung	10
Kurzreferenz Vorgaben DSGVO	10
Anhang 1: Auflistung der beauftragten Dienstleistungen (Art und Zweck der Verarbeitung, Art der Daten und Kategorien betroffener Personen).....	11
Anhang 2: Liste der beauftragten weiteren Auftragnehmer einschließlich der Verarbeitungsstandorte	12
Anhang 3: Übersicht der technischen und organisatorischen Maßnahmen (vom Auftragnehmer auszufüllen)	Fehler!

Textmarke nicht definiert.

1. Präambel

- 1.1. Der Verantwortliche beauftragt den Auftragnehmer mit der Verarbeitung personenbezogener Daten unter Beachtung nachfolgender Regelungen.
- 1.2. Im Rahmen der Leistungserbringung nach dem Hauptvertrag ist es erforderlich, dass der Auftragnehmer mit personenbezogenen Daten des Verantwortlichen umgeht. Diese Vereinbarung konkretisiert die datenschutzrechtlichen Rechte und Pflichten der Parteien im Zusammenhang mit dem Umgang des Auftragnehmers mit Daten des Verantwortlichen zur Durchführung des Hauptvertrags.

2. Gegenstand des Auftrags und Konkretisierung des Auftragsinhalts

- 2.1. Bei dem Hauptvertrag handelt es sich um den Vertrag/die Leistungsvereinbarung/ zum eingesetzten Telematiksystem in den jeweils vom Kunden genutzten Fahrzeug, auf den hier verwiesen wird.
- 2.2. Der Auftrag umfasst ausschließlich die in Anhang 1 beschriebene Dienstleistung (= Gegenstand der Auftragsstätigkeit). Art und Zweck der vorgesehenen Verarbeitung personenbezogener Daten sowie die Art der Daten und die Kategorien betroffener Personen ergeben sich aus Anhang 1 dieser Vereinbarung.
- 2.3. Die vertraglich vereinbarte Dienstleistung wird ausschließlich in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder in einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum erbracht. Eine – auch nur teilweise - Verlagerung der Dienstleistung oder eine Auftragserfüllung außerhalb der Europäischen Union bzw. des Europäischen Wirtschaftsraums bedarf ebenfalls der vorherigen Zustimmung des Verantwortlichen und darf nur erfolgen, wenn die besonderen gesetzlichen Voraussetzungen der Art 44 ff. DSGVO erfüllt sind.
- 2.4. Die Auftragserledigung durch den Auftragnehmer in Privatwohnungen erfolgt nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Verantwortlichen nach Vorlage eines Sicherheitskonzepts. Grundsätzlich ist vorher der Zugang zur Wohnung des Beschäftigten für Kontrollzwecke des Arbeitgebers vertraglich sicher zu stellen; dies gilt auch für die Maßnahmen nach Art. 32 DSGVO.

3. Pflichten des Verantwortlichen

- 3.1. Der Verantwortliche ist für die Beurteilung der datenschutzrechtlichen Zulässigkeit der Auftragsverarbeitung gemäß Art. 6 Abs. 1 DSGVO, der Einhaltung von gesetzlichen Bestimmungen des Datenschutzes sowie für die Wahrung der Rechte der Betroffenen gemäß Art. 12 bis 22 DSGVO verantwortlich. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle Anfragen, sofern sie erkennbar ausschließlich an den Verantwortlichen gerichtet sind, unverzüglich an diesen weiter zu leiten.
- 3.2. Der Verantwortliche erteilt alle Weisungen schriftlich oder in Textform. Er hat das Recht, dem Auftragnehmer Weisungen über Art, Umfang und Verfahren der Datenverarbeitung oder diesbezügliche Änderungen zu erteilen.
- 3.3. Der Verantwortliche informiert den Auftragnehmer unverzüglich, wenn er Fehler oder Unregelmäßigkeiten bei der Prüfung der Auftragsergebnisse feststellt.

- 3.4. Der Verantwortliche ist verpflichtet, die für die Leistungserbringung erforderlichen Angaben, Daten, Schriftstücke und Datenbestände dem Auftragnehmer rechtzeitig in der im Einzelnen vereinbarten Form zur Verfügung zu stellen.
- 3.5. Der Verantwortliche ist verpflichtet, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten Kenntnisse von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen und Datensicherheitsmaßnahmen des Auftragnehmers vertraulich zu behandeln. Diese Verpflichtung bleibt auch nach Beendigung des Vertrages bestehen.

4. Pflichten des Auftragnehmers

- 4.1. Der Auftragnehmer bestätigt, dass ihm die einschlägigen datenschutzrechtlichen Vorschriften bekannt sind. Er gestaltet in seinem Verantwortungsbereich die innerbetriebliche Organisation so, dass sie den besonderen Anforderungen des Datenschutzes gerecht wird und überwacht die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften in seinem Betrieb.
- 4.2. Der Auftragnehmer ist für die Beurteilung der datenschutzrechtlichen Zulässigkeit der Auftragsverarbeitung, die Einhaltung von gesetzlichen Bestimmungen im Rahmen seiner gesetzlichen Verantwortung des Datenschutzes sowie für die Unterstützung der Wahrung der Rechte der Betroffenen mitverantwortlich.
- 4.3. Soweit gesetzlich vorgeschrieben, bestellt der Auftragnehmer einen Datenschutzbeauftragten sowie wenn nötig einen Vertreter im Sinne des Art. 27 DSGVO. Als Datenschutzbeauftragter wird eine Person bestellt, die die gesetzlich vorgeschriebenen Voraussetzungen erfüllt. Die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten werden dem Verantwortlichen zum Zweck der direkten Kontaktaufnahme mitgeteilt.
- 4.4. Der Auftragnehmer verarbeitet personenbezogene Daten ausschließlich im Rahmen der getroffenen Vereinbarungen und nach Weisungen des Verantwortlichen, sofern er nicht zu einer anderen Verarbeitung durch das Recht der Union oder der Mitgliedsstaaten, dem der Auftragnehmer unterliegt, hierzu verpflichtet ist (z.B. Ermittlungen von Strafverfolgungs- oder Staatsschutzbehörden); in einem solchen Fall teilt der Auftragnehmer dem Verantwortlichen diese rechtlichen Anforderungen vor der Verarbeitung mit, sofern das betreffende Recht eine solche Mitteilung nicht wegen eines wichtigen öffentlichen Interesses verbietet (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. a DSGVO). Der Auftragnehmer dokumentiert sämtliche Weisungen des Verantwortlichen in einer Form, die nachträgliche Änderungen ausschließt.

5. Technische und organisatorische Maßnahmen

- 5.1. Der Auftragnehmer sichert dem Verantwortlichen zu, die für die beauftragte Tätigkeit erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Einhaltung des Datenschutzes ergriffen zu haben und einzuhalten. Insbesondere wird zugesichert, dass der Auftragnehmer ein für die konkrete Auftragsverarbeitung ein dem Risiko für die Rechte und Freiheiten der von der Verarbeitung Betroffenen natürlichen Personen angemessenes Schutzniveau gewährleistet. Dazu werden die Schutzziele von Art. 32 Abs. 1 DSGVO, wie Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit der Systeme

und Dienste sowie deren Belastbarkeit in Bezug auf Art, Umfang, Umstände und Zweck der Verarbeitung derart berücksichtigt, dass durch geeignete technische und organisatorische Abhilfemaßnahmen das Risiko auf Dauer eingedämmt wird.

- 5.2. Die beim Auftragnehmer hinsichtlich der beauftragten Tätigkeit relevanten technischen und organisatorischen Maßnahmen gemäß Art 32 DSGVO sind im Anhang 3 zu dieser Vereinbarung, passend zum ermittelten Risiko unter der Berücksichtigung der Schutzziele nach Stand der Technik detailliert und unter besonderer Berücksichtigung der eingesetzten IT-Systeme und Verarbeitungsprozesse aufgeführt.
- 5.3. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die eingeräumten Zugriffsrechte auf Systeme des Verantwortlichen nicht durch Unbefugte verwendet werden können sowie, dass Daten des Verantwortlichen nicht durch Unbefugte eingesehen werden können.
- 5.4. Der Auftragnehmer verpflichtet sich zu einer ausreichenden Datensicherung, soweit Daten des Verantwortlichen beim Auftragnehmer gespeichert werden. Insbesondere sichert der Auftragnehmer ausreichende Vorkehrungen gegen Datenverlust, Nichtverfügbarkeit und Verbreitung von Malware zu.
- 5.5. Für die auftragsgemäße Verarbeitung personenbezogener Daten wird folgende Methodik zur Risikobewertung verwendet, welche die Eintrittswahrscheinlichkeit und Schwere der Risiken für die Rechte und Freiheiten berücksichtigt: Zunächst wird der Schutzbedarf der personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden, ermittelt (normal, hoch, sehr hoch). Die technischen und organisatorischen Maßnahmen werden anschließend unter Berücksichtigung des Risikos, das mit der Datenverarbeitung für die Rechte und Freiheiten der betroffenen Personen verbunden ist, ausgewählt. Das Risiko bestimmt sich nach der Schwere des möglichen physischen, materiellen oder immateriellen Schadens für die betroffene Person (vernachlässigbar, begrenzt, wesentlich, maximal) sowie der Wahrscheinlichkeit, dass ein solcher Schaden eintritt (vernachlässigbar, begrenzt, wesentlich, maximal).
- 5.6. Die Maßnahmen beim Auftragnehmer können im Laufe des Auftragsverhältnisses der technischen und organisatorischen Weiterentwicklung angepasst werden, dürfen aber die vereinbarten Standards nicht unterschreiten. Wesentliche Änderungen muss der Auftragnehmer in dokumentierter Form abstimmen. Solche Abstimmungen sind für die Dauer dieses Vertrages aufzubewahren.
- 5.7. Soweit der Auftragnehmer für den Verantwortlichen Wartungsarbeiten an IT-Systemen durchführt, gelten zusätzlich die folgenden Vereinbarungen:
 - 5.7.1. Der Auftragnehmer darf im Rahmen der Wartung nur auf personenbezogene Daten des Verantwortlichen zugreifen, wenn dies für die Durchführung der Wartung erforderlich ist. Dem Auftragnehmer ist es bei der Wartung untersagt, personenbezogene Daten des Verantwortlichen auf eigenen Systemen oder Datenträgern zu speichern, es sei denn der Verantwortliche weist ihn hierzu an.
 - 5.7.2. Fernwartungsarbeiten hat der Auftragnehmer dem Verantwortlichen im Vorfeld anzukündigen. Der Verantwortliche ist berechtigt, die Durchführung der Fernwartung mit zu verfolgen. Auf

Anfrage und soweit erforderlich, wirkt der Auftragnehmer an der Konfiguration technischer Kontrolleinrichtungen mit.

5.7.3. Die Fernwartung ist nur von Geschäftsräumen des Auftragnehmers aus zulässig. Datenübertragungen zu Zwecken der Fernwartung müssen in verschlüsselter Form, die dem Stand der Technik entspricht, erfolgen. Der Auftragnehmer verwendet nach dem Stand der Technik hinreichend sichere Authentisierungsverfahren.

6. Datengeheimnis, Vertraulichkeit der Daten

- 6.1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten Kenntnisse von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen sowie Datensicherheitsmaßnahmen des Verantwortlichen vertraulich zu behandeln. Diese Verpflichtung besteht auch nach Beendigung dieses Vertrages fort.
- 6.2. Der Auftragnehmer sichert zu, dass er die bei der Durchführung der Arbeiten beschäftigten Mitarbeiter vor der Aufnahme der Tätigkeit mit den für sie maßgebenden Bestimmungen des Datenschutzes vertraut macht und diese sich schriftlich zur Verschwiegenheit und Vertraulichkeit – auch nach der Beendigung ihres Beschäftigungsverhältnisses – verpflichtet zu haben. Er überwacht die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften. Die Vertraulichkeitspflichten gelten auch nach Beendigung dieser Vereinbarung fort. Des Weiteren sichert der Auftragnehmer zu, seine Mitarbeiter auf die Folgen der Verletzung von Privat-, Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen hinzuweisen.
- 6.3. Der Auftragnehmer verwendet die zur automatisierten Datenverarbeitung überlassenen bzw. zur Verfügung gestellten personenbezogenen Daten, Schriftstücke und Datenbestände für keine anderen, insbesondere keine eigenen Zwecke. Datenträger, die vom Verantwortlichen stammen bzw. für diesen genutzt werden, werden besonders gekennzeichnet. Eingang und Ausgang sowie die laufende Verwendung werden dokumentiert. Ferner wird der Auftragnehmer die Daten des Verantwortlichen strikt von sonstigen Datenbeständen trennen.
- 6.4. Kopien oder Duplikate von personenbezogenen Daten (unabhängig in welcher Form diese vorliegen) werden nicht ohne Wissen und Genehmigung des Verantwortlichen erstellt. Unberührt bleibt die Herstellung von Backups, wenn die Anfertigung dieser erforderlich ist, um ordnungsgemäß die Daten zu verarbeiten oder um gesetzliche Aufbewahrungspflichten zu erfüllen.

7. Unterstützung des Verantwortlichen

- 7.1. Auskünfte an Dritte oder an Betroffene darf der Auftragnehmer nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den oder aufgrund bestehender Vereinbarung mit dem Verantwortlichen erteilen. Gleiches gilt für die Herausgabe von Schriftstücken oder Datensätzen.
- 7.2. Der Auftragnehmer hat auf Anfragen des Verantwortlichen unverzüglich zu reagieren, damit die gesetzlichen Fristen bei Informations- und Auskunftspflichten seitens des Verantwortlichen eingehalten werden können.

- 7.3. Soweit ein Betroffener seine Rechte nach der DSGVO, insbesondere nach Kapitel III oder anderer datenschutzrechtlicher Bestimmungen unmittelbar gegenüber dem Auftragnehmer geltend macht, wird der Auftragnehmer dieses Ersuchen unverzüglich an den Verantwortlichen weiterleiten und diesen bei der Bearbeitung dieser Rechte wenn nötig zu unterstützen. Er unterlässt es, eigenverantwortlich Auskünfte zu erteilen, es sei denn, der Verantwortliche hat ihn zuvor dazu aufgefordert.
- 7.4. Der Auftragnehmer hat personenbezogene Daten aus dem Auftragsverhältnis unverzüglich zu berichtigen, zu löschen oder deren Verarbeitung einzuschränken, wenn der Verantwortliche dies mittels einer Weisung verlangt und berechnigte Interessen des Auftragnehmers dem nicht entgegenstehen.
- 7.5. Der Auftragnehmer benennt einen Ansprechpartner, der den Verantwortlichen bei der Erfüllung von gesetzlichen Informations- und Auskunftspflichten, die im Zusammenhang mit der Verarbeitung im Auftrag entstehen, unterstützt und teilt dem Verantwortlichen dessen Kontaktdaten unverzüglich mit.
- 7.6. Der Auftragnehmer unterstützt den Verantwortlichen bei einer anstehenden Datenschutz-Folgenabschätzung sowie der Führung des Verzeichnisses von Verarbeitungstätigkeiten im notwendigen Umfang, sofern dies personenbezogene Daten des Verantwortlichen betrifft. Die hierzu notwendigen Angaben stellt er dem Verantwortlichen unverzüglich zur Verfügung.
- 7.7. Der Auftragnehmer hat auf Anfrage an der Erstellung und der Aktualisierung des Verzeichnisses der Verarbeitungstätigkeiten des Verantwortlichen mitzuwirken. Er hat dem Verantwortlichen die erforderlichen Angaben und Dokumente auf Anfrage offen zu legen.
- 7.8. Der Auftragnehmer führt selbst ein Verzeichnis zu allen Kategorien von im Auftrag des Verantwortlichen durchgeführten Tätigkeiten der Verarbeitung und beachtet hierbei die Vorgaben des Art. 30 Abs. 2 DSGVO.

8. Weitere Auftragnehmer

- 8.1. Die Beauftragung von weiteren Auftragnehmern zur Verarbeitung von Daten des Verantwortlichen ist dem Auftragnehmer nur mit Genehmigung des Verantwortlichen gestattet, Art. 28 Abs. 2 DSGVO, welche in Textform zu erfolgen hat.
- 8.2. Die Zustimmung kann nur dann erteilt werden, wenn der Auftragnehmer dem Verantwortlichen Namen und Anschrift sowie die vorgesehene Tätigkeit des weiteren Auftragnehmers mitteilt. Außerdem muss der Auftragnehmer dafür Sorge tragen, dass er den weiteren Auftragnehmer unter Berücksichtigung der Eignung der von diesem getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen im Sinne von Art. 32 DSGVO sorgfältig auswählt. Die Dokumentation dazu ist dem Verantwortlichen auf Anfrage zur Verfügung zu stellen.
- 8.3. Eine Beauftragung weiterer Auftragnehmer durch den Auftragnehmer in Drittstaaten darf nur dann erfolgen, wenn die besonderen Voraussetzungen des Art 44 ff. DSGVO erfüllt sind (bspw.

Angemessenheitsbeschluss der Kommission, Standarddatenschutzklauseln, genehmigte Verhaltensregeln).

- 8.4. Der Auftragnehmer hat vertraglich sicherzustellen, dass die vereinbarten Regelungen zwischen Verantwortlichem und Auftragnehmer auch gegenüber dessen weiteren Auftragnehmern gelten. In dem Vertrag mit dem weiteren Auftragnehmer sind die Angaben so konkret festzulegen, dass die Verantwortlichkeiten des Auftragnehmers und dessen weiteren Auftragnehmern deutlich voneinander abgegrenzt werden. Werden mehrere weitere Auftragnehmer eingesetzt, so gilt dies auch für die Verantwortlichkeiten zwischen diesen. Insbesondere muss der Verantwortliche berechtigt sein, im Bedarfsfall angemessene Überprüfungen und Inspektionen, auch vor Ort, bei weiteren Auftragnehmern durchzuführen oder durch von ihm beauftragte Dritte durchführen zu lassen.
- 8.5. Der Vertrag mit dem weiteren Auftragnehmer muss schriftlich abgefasst werden, was auch in einem elektronischen Format erfolgen kann (Art. 28 Abs. 4 und Abs. 9 DSGVO).
- 8.6. Die Weiterleitung von Daten an den weiteren Auftragnehmer ist erst zulässig, wenn dieser die Verpflichtungen nach Art. 29 und Art. 32 Abs. 4 DSGVO bezüglich seiner Beschäftigten erfüllt hat und der Auftragnehmer die Einhaltung dieser Pflichten durch den weiteren Auftragnehmer regelmäßig überprüft.
- 8.7. Der Auftragnehmer haftet gegenüber dem Verantwortlichen dafür, dass der weitere Auftragnehmer den Datenschutzpflichten nachkommt, die ihm durch den Auftragnehmer im Einklang mit dem vorliegenden Vertragsabschnitt vertraglich auferlegt wurden.
- 8.8. Der Auftragnehmer informiert den Verantwortlichen immer über jede beabsichtigte Änderung in Bezug auf die Hinzuziehung neuer oder die Ersetzung bisheriger nachgelagerter Auftragnehmer, wodurch der Verantwortliche die Möglichkeit erhält, gegen derartige Änderungen Einspruch zu erheben (Art. 28 Abs. 2 Satz 2 DSGVO).
- 8.9. Nicht als weitere Auftragnehmer im Sinne dieser Regelung sind solche Dienstleistungen zu verstehen, die der Auftragnehmer bei Dritten als Nebenleistung zur Unterstützung bei der Auftragsdurchführung in Anspruch nimmt. Dazu zählen i.d.R. z.B. Telekommunikationsleistungen oder Reinigungskräfte. Der Auftragnehmer ist jedoch verpflichtet, zur Gewährleistung des Schutzes und der Sicherheit der Daten des Verantwortlichen auch bei fremd vergebenen Nebenleistungen angemessene und gesetzeskonforme vertragliche Vereinbarungen zu treffen sowie Kontrollmaßnahmen zu ergreifen.
- 8.10. Die vom Auftragnehmer bereits eingesetzten weiteren Auftragnehmer sind im Anhang 2 zu diesem Vertrag aufgeführt. Mit dem Einsatz dieser weiteren Auftragnehmer erklärt sich der Verantwortliche einverstanden.
- 8.11. Der Auftragnehmer hat die Einhaltung der Pflichten des jeweiligen weiteren Auftragnehmers zu überprüfen. Das Ergebnis der Überprüfung ist zu dokumentieren und dem Verantwortlichen auf Verlangen zugänglich zu machen.

9. Aufsichtsbehörden und Verstöße gegen Vorgaben zum Datenschutz

- 9.1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Verantwortlichen Kontrollen oder Ermittlungen durch Aufsichtsbehörden oder durch Revisoren/Prüfer unverzüglich mitzuteilen, sofern dies personenbezogene Daten des Auftraggebers betrifft.
- 9.2. Der Auftragnehmer unterrichtet den Verantwortlichen unverzüglich bei Störungen des Betriebsablaufs, bei Eintritt von oder Verdacht auf Verletzung datenschutzrechtlicher Vorschriften bzw. den in dieser Vereinbarung getroffenen Festlegungen sowie bei anderen Fehlern bzw. Unregelmäßigkeiten im Rahmen der Auftragsarbeiten für den Verantwortlichen. Gleiches gilt, wenn der Auftragnehmer feststellt, dass die bei ihm getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen den gesetzlichen Anforderungen nicht genügen.
- 9.3. Die entsprechende Meldung des Auftragnehmers hat die Vorgaben aus Art. 33 Abs. 3 DSGVO zu berücksichtigen; er sichert ferner zu, den Verantwortlichen erforderlichenfalls bei seinen Pflichten nach Art. 33 oder 34 DSGVO angemessen zu unterstützen
- 9.4. Meldungen nach Art. 33 oder 34 DSGVO für den Verantwortlichen darf der Auftragnehmer nur nach vorheriger schriftlicher Weisung durchführen. Der Auftragnehmer wird den Verantwortlichen unverzüglich darauf aufmerksam machen, wenn eine vom Verantwortlichen erteilte Weisung seiner Meinung nach gegen gesetzliche Vorschriften verstößt (Art. 28 Abs. 3 Satz 3 DSGVO). Der Auftragnehmer ist berechtigt, die Durchführung der entsprechenden Weisung solange auszusetzen, bis sie durch den Verantwortlichen nach Überprüfung bestätigt oder geändert wird.
- 9.5. Bei Konsultationen der Aufsichtsbehörde wird der Verantwortliche seitens des Auftragnehmers unterstützt.

10. Löschung und Rückgabe von Daten

- 10.1. Eine Berichtigung, Löschung oder Sperrung von Daten erfolgt ausschließlich im Rahmen der schriftlichen Weisung des Verantwortlichen.
- 10.2. Test- und Ausschussmaterial ist durch den Auftragnehmer unverzüglich unter Einhaltung mindestens der Sicherheitsstufe P-4 der DIN 66399 (hinsichtlich etwaiger Schriftstücke) bzw. mindestens gemäß der Sicherheitsstufe H-4 bzw. T-4 der DIN 66399 (hinsichtlich magnetischer Datenträger) zu vernichten. Die Vernichtung der Daten wird nach Aufforderung des Verantwortlichen vom Auftragnehmer durch Zusendung eines geeigneten Nachweises bestätigt.
- 10.3. Sofern Daten(-sätze) des Verantwortlichen auf Systemen des Auftragnehmers gespeichert wurden, sind diese Daten(-sätze) nach Abschluss der jeweiligen Auftragstätigkeiten dem Verantwortlichen in einer migrationsfähigen Form auszuhändigen bzw. nach Weisung des Verantwortlichen unverzüglich zu löschen. Das Löschen der Daten(-sätze) hat so zu erfolgen, dass eine Rekonstruktion der Datensätze ausgeschlossen werden kann oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. Auf Anfrage des Verantwortlichen hat der Auftragnehmer die Logdatei über den Löschvorgang vorzulegen. Der Verantwortliche bestätigt in Textform die Rückgabe der Daten in einem migrationsfähigen Format.

- 10.4. Nach Abschluss der jeweiligen Auftragsarbeiten hat der Auftragnehmer dem Verantwortlichen sämtliche in seinen Besitz gelangten Unterlagen und Datensätze, die im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis stehen, auszuhändigen bzw. weisungsgemäß zu löschen und dies im Falle der Löschung unter Angabe des Löschdatums schriftlich zu bestätigen.
- 10.5. Dem Auftragnehmer ist es untersagt, im Rahmen der Auftragsarbeiten verarbeitete personenbezogene Daten länger zu speichern, als dies mit dem Verantwortlichen schriftlich vereinbart ist.
- 10.6. Unterliegen vom Auftragnehmer zu Zwecken der Dokumentation der Auftragsstätigkeiten angefertigte Unterlagen gesetzlichen Aufbewahrungspflichten, sind diese durch den Auftragnehmer bis zum Ablauf der geforderten Frist datenschutzrechtlich zu sperren.

11. Kontrollpflichten

- 11.1. Der Auftragnehmer erklärt sich damit einverstanden, dass der Verantwortliche bzw. ein von ihm beauftragter Dritter während der üblichen Betriebs- und Geschäftszeiten und ohne Störung des Betriebsablaufs berechtigt ist, die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz, die Datensicherheit bzw. der vertraglichen Vereinbarungen sowie die Angemessenheit der zugesicherten technischen und organisatorischen Maßnahmen in den Geschäftsräumen des Auftragnehmers zu kontrollieren, insbesondere durch die Einholung von Auskünften und die Einsichtnahme in die gespeicherten Daten und die Datenverarbeitungsprogramme sowie durch Überprüfungen und Inspektionen vor Ort (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. h DSGVO).
- 11.2. Der Auftragnehmer sichert zu, dass er bei Erforderlichkeit bei diesen Kontrollen unterstützend mitwirkt.
- 11.3. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, auf schriftliche Anforderung innerhalb einer angemessenen Frist alle Auskünfte zu geben, Nachweise zu erbringen und Einsichtnahmen zu gewähren, die zur Durchführung einer Auftragskontrolle, bei der die Wirksamkeit technischer und organisatorischer Maßnahmen überprüft wird, erforderlich sind.

12. Beginn und Ende des Vertrages, Vertragsstrafe

- 12.1. Die Laufzeit dieses Vertrages richtet sich nach der Laufzeit des Hauptvertrages.
- 12.2. Der Verantwortliche kann das Auftragsverhältnis jederzeit ohne Einhaltung einer Frist kündigen, wenn der Auftragnehmer in schwerwiegender Weise gegen die Bestimmungen dieses Vertrages oder gegen gesetzliche Bestimmungen verstößt, der Auftragnehmer eine Weisung des Verantwortlichen nicht ausführen kann oder will oder der Auftragnehmer Kontrollrechte des Verantwortlichen vertragswidrig verweigert. Insbesondere die Nichteinhaltung der in diesem Vertrag vereinbarten und aus Art. 28 DSGVO abgeleiteten Pflichten stellt einen schwerwiegenden Verstoß dar.
- 12.3. Bei Verstoß des Auftragnehmers gegen die Regelungen dieses Vertrages, insbesondere zur Einhaltung des Datenschutzes, wird eine Vertragsstrafe i.H.v € 10.000 vereinbart.

13. Schlussbestimmungen

- 13.1. Sofern eine Vertragspartei besonderen oben nicht genannten Geheimnisschutzregeln unterliegt und sie dies der anderen Partei zu Vertragsbeginn schriftlich mitteilt, ist auch diese Partei verpflichtet, die Geheimnisschutzregelungen zu beachten.
- 13.2. Sollte das Eigentum des Verantwortlichen beim Auftragnehmer durch Maßnahmen Dritter (etwa durch Pfändung oder Beschlagnahme), durch ein Insolvenzverfahren oder durch sonstige Ereignisse gefährdet werden, so hat der Auftragnehmer den Verantwortlichen unverzüglich zu verständigen. Ein Zurückbehaltungsrecht ist in Bezug auf die Datenträger und die Datenbestände des Verantwortlichen ausgeschlossen.
- 13.3. Die Einrede des Zurückbehaltungsrechts i.S.v. § 273 BGB wird hinsichtlich der für den Verantwortlichen verarbeiteten Daten und der zugehörigen Datenträger ausgeschlossen.
- 13.4. Sollten einzelne Teile des Vertrages unwirksam sein, so berührt dies die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen nicht.
- 13.5. Ergänzungen oder Änderungen zu diesem Vertrag unterliegen der Schriftform.

Ergänzende Regelungen zu dieser Vereinbarung

- **Anhang 1:** Auflistung der beauftragten Dienstleistungen (Art und Zweck der Verarbeitung, Art der Daten und Kategorien betroffener Personen)
- **Anhang 2:** Liste der beauftragten weiteren Auftragnehmer einschließlich der Verarbeitungsstandorte

_____, den _____. _____
Ort, Datum

Burtenbach, den _____. _____
Ort, Datum

(Unterschrift Verantwortlicher)

(Unterschrift Auftragnehmer /
Kögel Trailer GmbH)

Kurzreferenz Vorgaben DSGVO

Vorschrift der DSGVO	Ziffer(n) in diesem Vertrag
Art. 28 Abs. 2 S. 1	8.1
Art. 28 Abs. 2 S. 2	8.8
Art. 28 Abs. 3 S. 1	2
Art. 28 Abs. 3 S. 2 lit a)	4.4
Art. 28 Abs. 3 S. 2 lit b)	6.2
Art. 28 Abs. 3 S. 2 lit c)	5.1
Art. 28 Abs. 3 S. 2 lit d)	8
Art. 28 Abs. 3 S. 2 lit e)	7.3
Art. 28 Abs. 3 S. 2 lit f)	7.6; 9.3; 9.4
Art. 28 Abs. 3 S. 2 lit g)	10
Art. 28 Abs. 3 S. 2 lit h)	11
Art. 28 Abs. 4	8.4

Anhang 1: Auflistung der beauftragten Dienstleistungen

(Art und Zweck der Verarbeitung, Art der Daten und Kategorien betroffener Personen)

Dienstleistung	<p>Die von Kögel angebotenen Leistungen dienen der Unterstützung von Kunden bei deren Flottenmanagement. Durch den Einbau der von idem zur Verfügung gestellten Telematik-Geräte in den Fahrzeugen können Fahrzeug- und Fahrerdaten erfasst werden.</p> <p>Im Rahmen der vom Kunden gebuchten Dienste werden die erfassten Daten über das Mobilfunknetz an einen von idem betriebenen Server übertragen. Die Daten werden dann in einem geschützten Portal des Kunden ausgewertet angezeigt. Zudem kann ein Support im Rahmen des Systemnutzung anfallen.</p>
Art der personenbezogenen Daten	<p>Je nach gebuchtem Paket / Einstellung durch den Kunden, können folgende personenbezogene Daten erfasst werden:</p> <ul style="list-style-type: none">• Fahrerstammdaten• Userstammdaten (cargofleet Portal und TCC Administration)• Positionsdaten von Fahrzeugen (Truck/Trailer-Dienste)• Fahrzeugdaten wie Geschwindigkeit, Beladungsgewicht, Reifendruck-Messwerte, Bremssystem-Status, Laderaum-Türöffnungs-Status (Truck/Trailer-Dienste)• Zuordnung Fahrer / Fahrzeug (Truck-Dienste)• Lenkzeiten von Fahrern (Truck-Dienste)
Kategorien betroffener Personen	<p>Vertragsnehmer und dessen Mitarbeiter/ Fahrer der Fahrzeuge mit dem eingebauten System /Auftraggeber</p>
Art und Zweck der Verarbeitung von Daten	<p>Bereitstellung des Systems zum Flottenmanagement und der Unterstützung der Fahrer bei Arbeitszeiterfassung, Einhaltung der Lenk- und Ruhezeiten sowie der Spesenabrechnung. Durchführung von Supportarbeiten</p>

**Anhang 2: Liste der beauftragten weiteren Auftragnehmer einschließlich der
Verarbeitungsstandorte****(Durch Auftragnehmer auszufüllen)**

Weitere Auftragnehmer (Name, Rechtsform, Sitz der Gesellschaft)	Verarbeitungsstandort (wenn abweichend)	Art der Dienstleistung
idem telematics GmbH Lazarettstraße 4 80636 München		Bereitstellung von Cargofleet Telematikdiensten, Support